

Der Protest-Ministerpräsident

Wie der sächsische CDU-Regierungschef Kretschmer seinen Frust über die Ampel-Regierung herauslässt. Über einen denkwürdigen Auftritt in Weimar

Martin Debes

Weimar. Eine Stunde und 13 Minuten hat Michael Kretschmer geredet, hat über die Ampel-Regierung und insbesondere die Grünen geschimpft, hat Energiepolitik und Bürokratie beklagt und hat erklärt, dass die illegale Migration aufhören müsse. Nun ist der sächsische Ministerpräsident und CDU-Landeschef an dem Punkt angelangt, auf den er zusteuerte: die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im kommenden September.

„Entscheidend für uns in Mitteldeutschland ist, dass unsere drei Wahlen nicht so ausgehen, wie es die Umfragen vorhersagen“, sagt er. „Und da habe ich das Gefühl, dass die, die da in Berlin sitzen, immer noch viel zu lax damit umgehen.“

Inzwischen, sagt Kretschmer, stehe hierzulande die AfD bei 32 bis 34 Prozent. „Wer sagt uns, dass die nicht die stärkste Kraft werden oder sogar eine Mehrheit bekommen?“

Der Ministerpräsident wirkt nicht nur besorgt, sondern erkennbar frustriert. Und er ventiliert diesen Frust offensiv.

Dabei ist der Ort seiner Ansprache kein Bierzelt und kein Marktplatz, sondern das Nobelhotel Elephant in Weimar. Kretschmer steht am Donnerstagabend als Gastredner vor etwa 100 Unternehmern, Geschäftsführern, Rechtsanwälten oder Professoren, die den „Industriecub Thüringen“ bilden.

Die Glückspilze und die Planwirtschaft

Es ist der 9. November, also der Tag, an dem 1918 eine Revolution ihren Höhepunkt fand, an dem 1938 die Synagogen brannten und an dem 1989 die Mauer fiel. Natürlich erinnert Kretschmer in dem Hotel, das einst für seinen Stammgast Adolf Hitler neu erbaut wurde, auch an die Reichspogromnacht. Doch das 1989er Datum stellt er ins Zentrum.

„Was für Glückspilze sind wir, dass wir das mit erleben durften!“, ruft er. Damals habe sich gezeigt, „dass nicht die Planwirtschaft“ Erfolg hatte – und auch „nicht der Staat mit unglaublichen vielen Regeln und genauen Vorgaben, welche Technologie und welche Wettbewerbsregeln anzuwenden“ sei. Stattdessen hätten soziale Marktwirtschaft, Technologieoffenheit und Freiheit gewonnen.

Dies alles sieht Michael Kretschmer nun wieder bedroht. Er hält den Staat – oder doch zumindest die



Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) am Donnerstagabend beim Industriecub Thüringen im Hotel Elephant in Weimar.

MAIK SCHUCK

rot-grün-gelbe Bundesregierung – für mikroorganisierend und überregulierend. Bisher, sagt er, habe immer ein Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem gegolten. „Aber wir erleben, dass das Thema Ökologie so sakrosankt ist, dass andere Fragen gar nicht mehr gestellt werden.“

Dann wird er noch deutlicher. „Die Energiewende ist gescheitert“, sagt er. „Die Vorstellung, man könne auf Teufel komm raus und koste was es wolle CO₂ einsparen, und dabei keine Rücksicht nehmen auf die soziale Komponente oder auf die ökonomische Komponente, ist jetzt krachend gegen die Wand gefahren.“

Nebenbei erzählt Kretschmer das, was er auch in den Talkshows erzählt – also dass die Atomkraftwerke wieder angeschaltet werden müssten oder dass für die Grundlast der Netze auch langfristig Kohle und Gas notwendig seien. Deshalb müsse die Nordstream-1-Pipeline wieder repariert und beim Ukraine-Krieg eine diplomatische Lösung mit Russland gesucht werden.

Wenn dies nicht geschehe, dann, sagt Kretschmer, gerate alles in Gefahr, Demokratie, Wohlstand, Si-

cherheit. Dass jetzt die Bundesregierung die Stromsteuer für das produzierende Gewerbe auf das EU-Mindestmaß senke, sei „nur eine Notmaßnahme“, die nicht ausreiche. „Mein Vorschlag ist, dass wir für die nächsten fünf oder zehn Jahre nur noch das Regelungsniveau der Europäischen Union anwenden“, sagt er. Das, was wir draufgepackt haben in den letzten Jahren, müssen wir einfach wegnehmen.“ Das gelte etwa für die Arbeitszeitverordnung oder das Lieferkettengesetz.

„Dieses Land braucht mehr Freiheit und mehr Möglichkeiten für unternehmerisches Tun“, dekretiert der Ministerpräsident. „Wir werden nicht mit mehr Steuern und mehr Mikrosteuerung des Staates aus dieser Krise herauskommen.“

Ganz offenkundig ist nicht bloß das Vertrauen von Teilen der Bevölkerung in die Politik erodiert, sondern auch das Vertrauen des Regierungschefs Kretschmer in die Regierenden. Er, der seit seinem Amtsantritt 2017 gegen eine immer stärkere AfD ankämpft, der seit 2019 in seiner fragilen Koalition mit der SPD die Grünen hinnehmen musste und der daheim in Görlitz von Reichs-

bürgern heimgesucht wird: Er ist erkennbar ungehalten darüber, dass sein Klagen zu wenig Gehör findet, in der Gesellschaft, aber auch in seiner Partei, der Union.

Kretschmer: Können nicht so weitermachen

Noch, behauptet er, seien die Rechtsextremisten unter den AfD-Wählern in der Minderheit. „Der überwiegende Teil dieser Leute wählt Protest“, sagt er.

Und warum? Nun: „Die sind mit der Art der Flüchtlingspolitik nicht einverstanden. Aber klären wir das gerade so, dass diese Leute einverstanden sein könnten? Nein, tun wir nicht! Oder sie sind mit dem Thema Gebäudeenergiegesetz, der Übergriffigkeit des Staates in viele Lebensbereiche nicht einverstanden. Ändert sich das? Nein!“

Deutschland, sagt Kretschmer, könne nicht weitermachen wie bisher. „Die Leute haben so den Hals voll, die können es nicht mehr ertragen!“, ruft der Protest-Ministerpräsident des Freistaats Sachsen und meint wohl auch sich selbst.

Großer Beifall im Hotel Elephant. Dann wird die Vorsuppe aufgetragen.